PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Das Jahr 2012 muss ein Jahr der Lohn-, Renten- und Sozialoffensive werden

MdL Ina Leukefeld fordert von Landesregierung aktive Arbeitsmarktpolitik und glaubwürdige Mindestlohn-Initiative

Das Jahr 2012 muss ein Jahr der Lohn-, Renten- und Sozialoffensive werden", hatte Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik, bei der ersten Pressekonferenz der Fraktion DIE LINKE zum Jahresauftakt am 3. Januar betont. „Schließlich geben die aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt keinen Grund zur Entwarnung. Bei der Mehrheit der Thüringer kommt der viel beschworene Aufschwung nicht an. Thüringen ist immer noch Niedriglohnland – das bedeutet für viele Menschen, dass sie von ihrer Arbeit nicht leben können", monierte die Arbeitsmarktexpertin.

Besonders Besorgnis erregend die Situation älterer Arbeitsloser

Prekäre Beschäftigung, Mini- und Midi-Jobs, die zusätzlich mit Hartz-IV-Leistungen gestützt werden müssen, und Leiharbeit sind weiter auf dem Vormarsch. Die Linksfraktion fordert von der Landesregierung den Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um Menschen in existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen.

Besonders Besorgnis erregend ist die Situation der älteren Arbeitslosen in Thüringen. Im November waren insgesamt 22.680 Arbeitslose im Alter zwischen 55 und 65 Jahren. 18,4 Prozent der älteren Arbeitslosen befanden sich im Rechtkreis des SGB III, 38,8 Prozent im Rechtskreis des SGB II. also im Hartz IV-Bezug. Dies bedeutet für die Betroffenen eine Reduzierung der Rentenansprüche und vor allem droht ihnen Altersarmut.

Mindestens ebenso problematisch ist die Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten. In der Bundesrepublik arbeiten knapp fünf Millionen Menschen ausschließlich in einem Minijob, das heißt, sie verdienen mit einer Tätigkeit nicht mehr als 400 Euro im Monat. Hinzu kommen noch 2,5 Millionen Menschen, die eine solche Beschäftigung als Nebenjob haben. Zehn Prozent von ihnen sind Rentner, elf Prozent Studenten, sieben Prozent Schüler. Mit 32 Prozent betrifft dies die Beschäftigung im Handel, 26,6 Prozent bei wirtschaftlichen Dienstleistern, 20,8 Prozent im Gastgewerbe, 20,6 Prozent im Sozial - und Gesundheitswesen. Der durchschnittliche monatliche Bruttolohn der Minijobber betrug knapp 300 Euro.

Die Ankündigung von Minister Matthias Machnig, dem Thüringer Kabinett einen Gesetzentwurf für einen bundeseinheitlichen Mindestlohn vorlegen zu wollen, wird von der Linksfraktion ausdrücklich begrüßt. Ina Leukefeld bezeichnete den Vorstoß als einen „deutlichen Schritt", der „allerdings auch mit aller Konsequenz und der notwendigen Thüringer Bundesratsinitiative" erfolgen müsse.

Die Abgeordnete warnte in diesem Zusammenhang die Thüringer CDU-SPD-Koalition, dass man „mit der Hoffnung der Menschen nicht spielen" dürfe. Es sei eine schon lange nicht mehr nicht hinnehmbare und unerträgliche Situation, dass „Arbeit arm macht und sich in Thüringen der Niedriglohnsektor immer weiter ausgedehnt hat". Ina Leukefeld verwies auf die Forderung der LINKEN nach einen einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde. Nur so könne sichergestellt werden, dass die Menschen „ohne staatliche Hilfen von ihrer Arbeit leben können und auch im Alter Existenz sichernde Renten erhalten".

Inakzeptable CDU-Vorschläge für einen Pseudo-Mindestlohn

Die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion wollte aber nicht verhehlen, dass ihre Erwartungen an die neue Machnig-Initiative mit Blick auf das Agieren der SPD in der Thüringer Koalition sowie die CDU-Vorschläge für einen Pseudo-Mindestlohn eher begrenzt sind.

Scharfe Kritik hat die Bundestagsfraktion der LINKEN anlässlich der neu aufgeflammten Renteneintrittsalter-Diskussion geübt: Jahr für Jahr dieselbe rituelle Heuchelei. Erst wird vollmundig Widerstand gegen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters angekündigt, dann wieder fleißig an der Durchsetzung der Rente erst ab 67 gearbeitet. Hätten CDU, CSU und SPD diese Rentenkürzung per Gesetz wirklich verhindern wollen, hätten sie im Dezember im Bundestag dem Antrag der LINKEN zustimmen können. ■

Aktuell

Uni Erfurt würde zum Zentrum interreligiösen Dialogs

Die Ankündigung der Thüringer Ministerpräsidentin, eine jüdische Fakultät an der Universität Erfurt gründen zu wollen, wird von Bodo Ramelow ausdrücklich begrüßt. „Damit würde die erste jüdische Fakultät in Deutschland in Erfurt entstehen und die Universität Erfurt zu einem Zentrum des interreligiösen Dialogs werden", betonte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag. „Angesichts des angestrebten Weltkulturerbestatuts Erfurts hinsichtlich seiner einmaligen Zeugnisse mittelalterlicher jüdischer Kultur und im Spannungsbogen zwischen dem neu errichteten NS-Gedenkort Topf & Söhne und der alten Synagoge, in der der jüdische Schatz seit dem vergangenen Jahr gezeigt wird, bettet sich eine Fakultät der jüdischen Lehre sehr gut in diese Entwicklung ein", erklärte der Landespolitiker.

Bodo Ramelow, der selbst Mitglied des Stiftungsrates der Leo Baeck Foundation ist und damit Vertreter des Abraham Geiger Kollegs, begrüßte es ebenfalls, dass schon in diesem Jahr in Weimar an der Musikhochschule Franz Liszt die Kantorenausbildung einen festen Platz bekommt. „Mit der Kantoren- und der Rabbinerausbildung wäre es ein konsequenter Schritt, dies alles in einer Fakultät zu vereinen. Es ist eine Verbindung zwischen Forschung und Lehre und würde den gesamten Bereich von den aramäischen bis zu den hebräischen Schriften umfassen", hob Bodo Ramelow hervor. „Dies bettet sich wunderbar ein zwischen Papstbesuch und Lutherdekade und Erfurt würde damit zu einem zentralen Ort des religiösen Dialogs."

Der LINKE Politiker reiste vom 5. bis 12. Januar mit einer Delegation der Landtags-Faktionsvorsitzenden und der Rosa Luxemburg Stiftung nach Israel. Über die Einladung der Thüringer Ministerpräsidentin, sie bei ihrer Israel-Reise Ende Dezember zu begleiten, hatte er sich sehr gefreut, konnte ihr aber nicht folgen, da die LINKE Reise unmittelbar bevorstand.

Stationen und Eindrücke der Reise sind unter www.bodo-ramelow.de und thüringenlinks.de abrufbar. ■

Kommentiert:

von Martina Renner

Antifaschistische Klausel

Der CDU-Abgeordnete Klaus Zeh meint, dass die in der Thüringer Verfassung verankerten Diskriminierungsverbote eine von der LINKEN geforderte antifaschistische Klausel überflüssig machen würden, und es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass es „stets und ständig ausschließlich um Rassismus und Rechtsextremismus" gehe.

Offenbar ist die Thüringer CDU mit der Geschichte des Grundgesetzes und der Länderverfassungen der Bundesländer nicht vertraut. 2009 stellte das Bundesverfassungsgericht nochmals klar, dass das Grundgesetz „geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden [kann] und von seinem Aufbau bis in viele Details hin darauf ausgerichtet [ist], aus den geschichtlichen Erfahrungen zu lernen und eine Wiederholung solchen Unrechts ein für alle Mal auszuschließen".

Auch in Länderverfassungen, wie der in Hessen, sind auf den Nationalsozialismus bezogene klare verfassungsrechtliche Zielvorgaben zu finden. Im Artikel 158 der Verfassung des Landes Hessen heißt es: „Die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegengehalten werden, die ergangen sind oder vor dem 1. Januar 1949 noch ergehen werden, um den Nationalsozialismus und den Militarismus zu überwinden und das von ihm verschuldete Unrecht wiedergutzumachen."

In Verfassungen verankerte Staatsziele sind Leitplanken und Korrektiv für staatliches Handeln und in der verfassungsrechtlichen Praxis von nicht unerheblicher Bedeutung. Eine antinazistische Staatszielbestimmung in der Thüringer Verfassung, die dem historisch zentralen Anliegen des Grundgesetzes entspricht, würde dann keinesfalls ins Leere laufen, wenn Politiker wie Klaus Zeh nicht immer wieder versuchen, die wissenschaftlich obsolet gewordene Totalitarismustheorie politisch überleben zu lassen – siehe die unsägliche Gleichsetzung zwischen dem Nationalsozialismus, der einen Vernichtungskrieg und den Holocaust hervorgebracht hat, und dem in der DDR begangenen Unrecht. ■

Kurz und Prägnant

Menschenunwürdige Abschiebung

Die am 4. Januar stattgefundene menschenunwürdige Abschiebung einer Roma-Familie aus dem Landkreis Altenburger Land nach Serbien belegt die Dringlichkeit des Landtagsantrages der LINKEN und der GRÜNEN. Die beiden Fraktionen hatten im Dezember gefordert, auf Abschiebungen insbesondere von Roma im Rahmen eines Wintererlasses zu verzichten. „Es ist schlichtweg ein zynischer Umgang der Koalitionsfraktionen, den Antrag auf Abschiebestopp zur Beratung in einen parlamentarischen Ausschuss zu überweisen und unterdessen die menschenunwürdigen Abschiebungen von Familien in eine vor allem in den kalten Wintermonaten Existenz bedrohende Lebenssituation unvermindert fortzusetzen“, kritisiert Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion. ■

Personalmangel an den Schulen

„An den Thüringer Gemeinschaftsschulen, aber nicht nur da, ist der Lehrermangel ein gravierendes Problem. Die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens zu gewährleisten und eigene Schulkonzepte umzusetzen, ist auch abhängig von ausreichenden personellen Ressourcen“, betont MdL Michaele Sojka. Für Pädagogen seien beispielsweise ständige Abordnungen und häufiger Vertretungseinsatz äußerst kontraproduktiv, was „leider zunehmend tägliche Praxis an Thüringer Schulen ist“. „Bei der Umsetzung von u.a. Ganztagsangeboten werden zusätzliche Pädagogen benötigt, die wir in Thüringen momentan einfach nicht haben. Selbst der normale Unterricht ist bereits gefährdet“, so die LINKE Abgeordnete, die fast täglich SOS-Rufe von Pädagogen erreichen. ■

Nicht auf Kosten der Rechtsuchenden

Im Zusammenhang mit Medienberichten zur Überlastung der Thüringer Sozialgerichte und Klagen der Sozialrichter über ein sehr problematisches Arbeitspensum des richterlichen und nichtrichterlichen Personals forderte MdL Ralf Hauboldt, Justizpolitiker der Linksfraktion, die Überwindung von Hartz IV. Die SGB II-Regelungen müssten dringend klarer und eindeutiger zugunsten der betroffenen Leistungsberechtigten formuliert und angewendet werden. „Entlastung der Sozialgerichte ja, aber nicht auf Kosten der rechtsuchenden und Bürger“. Die Sozialgerichte müssten seit Jahren den Murks des Bundesgesetzgebers und die Überforderung der ARGEN bzw. Jobcenter ausgleichen. ■

Justiz in Sachsen kriminalisiert weiter friedlichen Protest gegen Neonazismus

Bodo Ramelow: Maßloser Verfolgungswahn von Dresdner Staatsanwaltschaft und Amtsgericht

Gegen einen durch das Amtsgericht Dresden erlassenen Strafbefehl wegen des Vorwurfs der Störung einer Versammlung hat Bodo Ramelow durch seinen Rechtsanwalt am 6. Januar Einspruch eingelegt. Das Amtsgericht Dresden hat Anfang des Jahres einen Strafbefehl über 20 Tagessätze zu je 170 Euro erlassen und wirft dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Thüringer Landtag vor, am 13. Februar 2010 eine Blockade gegen den Aufmarsch der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen in Dresden „maßgeblich initiiert“ zu haben und damit eine „grobe Störung“ im Sinne des § 21 Versammlungsgesetz verursacht zu haben.

„Es ist nicht zu akzeptieren, dass diejenigen durch die Justiz in Sachsen kriminalisiert werden, die mit ihrer Teilnahme an friedlichen Protesten gemeinsam mit Tausenden Menschen verhindert haben, dass der größte Naziaufmarsch in Europa in Dresden seine menschenverachtende Ideologie durch die Straßen tragen kann“, erklärt dazu Bodo Ramelow. Der Abgeordnete weist den Vorwurf der maßgeblichen Initiierung durch seine Person als „konstruiert und absurd“ zurück. „Der Strafbefehl gehört meines Erachtens in die Reihe maßlosen Verfolgungswahns der Dresdener Staatsanwaltschaft und des Amtsgerichtes, die mit der grundrechtswidrigen Handyüberwachung einer ganzen Stadt begann, einen Höhepunkt mit dem ungeheuerlichen Vorgehen gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König hatte und sich nun mit der versuchten Abstrafung einzelner Teilnehmer an den friedlichen Protesten gegen den neonazistischen Aufmarsch fortsetzt.“ Der Strafverteidiger

von Bodo Ramelow sprach im Zusammenhang mit dem Strafbefehl von einer „ausgemachten Unverfrorenheit“, die in ein „rundes Bild von der Sächsischen Justiz“ passe.

„Kein politischer Prozess gegen Lothar König“, so der Titel einer gemeinsamen Erklärung, über die die Vorsitzenden der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Anja Siegesmund, der LINKEN, Bodo Ramelow, und der SPD, Uwe Höhn, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 16. Dezember im Landtag in Erfurt (s. Foto) informierten. Zusammen mit weiteren Personen des öffentlichen Lebens aus Thüringen und Sachsen – unter ihnen der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter und der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig – verurteilen sie in der Resolution das Vorgehen der sächsischen Justiz gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König. Es sei der Eindruck entstanden, „dass die sächsischen Behörden dem linken Auge mehr zuneigen als dem rechten“, heißt es in der Erklärung. Bodo Ramelow betonte auf der Pressekonferenz, dass eine Kriminalisierung bürgerschaftlichen Engagements gegen Neonazismus nicht zugelassen werden dürfe. Jetzt gelte es erst recht, „Gesicht gegen braunen Ungeist zu zeigen“. Dies sei die „höchste Form der Solidarität mit Lothar König – je mehr Menschen zum Protest gegen Naziaufmärsche im Februar 2012 nach Dresden fahren, umso besser“. ■

Erfolg für erstes Bürgerbegehren auf Landkreisebene: Kneippschule gerettet

Mit großer Mehrheit hatte sich am 4. Januar der Kreistag des Ilmkreises für den Erhalt des Schulstandortes der Grundschule in Stützerbach ausgesprochen. Damit konnten die Initiatoren des ersten Thüringer Bürgerbegehrens auf Landkeisebene einen Erfolg feiern. Mehr als 18.000 Unterschriften waren für den Erhalt der Kneipp-Schule Stützerbach zusammengekommen, fast drei Mal so viele wie nötig gewesen wären.

„Das Einlenken des Kreistages zeigt, welche Kraft die direkte Demokratie entfalten kann“, erklärte dazu der Sprecher des Landesvorstands von Mehr Demokratie Thüringen, Ralf-Uwe Beck. Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN, Eckhard Bauerschmidt, berichtete: „Mehr als 50 Gäste, die extra mit dem Bus aus Stützerbach angereist waren, verfolgten die Entscheidung des Kreistages. Sie wurden Zeugen einer verlogenen Diskussion von CDU, Freien Wählern und FDP und eines engagierten Auftretens der Fraktionen von LINKEN und SPD/Grüne. Die CDU begründete ihren Vorschlag, den Kreistagsbeschluss zur Schulschließung aufzuheben, mit den Kosten, die dafür notwendig wären, die über 18.000 Unterschriften zu prüfen und den Bürgerentscheid durchzuführen. Als lächerlich habe ich diese Begründung bezeichnet und stattdessen Schlussfolgerungen für künftige Entscheidungen verlangt, Offenheit und Transparenz. Mit stehendem Beifall begrüßten die angereisten Vertreter der Elterninitiative den Beschluss und bedankten sich bei den sie unterstützenden Fraktionen von SPD/Grünen und Linkspartei.“

Das Foto war am 14. Dezember im Landtag entstanden, wo die Stützerbacher Elterninitiative „Lasst die Schule im Dorf!“ den vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen verliehenen Initiativpreis 2011 eingelöst hatte. Der Preis war ihnen im Oktober auf Vorschlag der Linksfraktion des Kreistages des Ilmkreises auf Schloss Heidecksburg in Rudolstadt verliehen worden. An einer Diskussionsrunde mit der Bürgerinitiative, darunter auch einige Schüler der Grundschule, hatten die Abgeordneten der Linksfraktion, Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Heidrun Sedlacik, Vorsitzende des Kommunalpolitischen Forums, Michaele Sojka, bildungspolitische Sprecherin, und Petra Enders, die sich persönlich für das Bürgerbegehren vor Ort stark engagierte hatte, teilgenommen. ■

Durch die Versenkung von Kali-Lauge entstehen enorme weitere Risiken

LINKE Abgeordnete fordern Landesregierung auf, eine Klage des Freistaates gegen die Versenkerlaubnis zu prüfen

Das Interesse der Journalisten an der Pressekonferenz zur Problematik Erdfall Tiefenort und mögliche Zusammenhänge mit der Versenkung von Kaliabwässern, zu der Katja Wolf und Tilo Kummer am 6. Januar in den Landtag nach Erfurt eingeladen hatten, war sehr groß.

Die beiden Abgeordneten der Linksfraktion – sie beschäftigen sich schon seit Jahren mit diesen Themen – berichteten über ihre erst kurz zuvor in Tiefenort geführten Gespräche mit den Bürgern vom Erdfallhilfeverein und dem Bürgermeister.

Schwarzer Peter wird hin- und her geschoben

Die Enttäuschung in Tiefenort - die Gemeinde an der Werra gehört zum Wartburgkreis - ist groß, dass sie über die ersten Ergebnisse der nun endlich abgeschlossenen Tiefenbohrung noch nicht informiert wurden, sagte Katja Wolf, Umweltpolitikerin der Fraktion. Die Tiefenorter hätten das Gefühl in der Luft zu hängen und mit ihren Problemen aus dem Blick geraten zu sein.

Nach einem sogenannten Erdfall, bei dem die Erde um zwei Meter abgesackt war, mussten 13 Menschen aus Sicherheitsgründen aus ihren Häusern ausziehen. Tiefenort liegt in einem ehemaligen Bergbaugebiet, wo vor allem Kalisalz gefördert wurde. Jedoch kam ein im Auftrag der Landesregierung erstelltes Gutachten damals zu dem Ergebnis, dass der Erdfall eine natürliche Ursache habe.

Katja Wolf kritisierte beim Pressegespräch, dass jetzt der Schwarze Peter zwischen dem Land Thüringen, dem Landkreis und dem Unternehmen Kali+Salz hin und her geschoben wird. Daher sei es angebracht und notwendig, dass sich auch der Umweltausschuss des Landtags direkt in Tiefenort ein Bild von der Situation macht. Dafür werde sich jedenfalls die LINKE einsetzen.

Vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse zu den Wirkungen von Kalilauge im Kalk- und Gipsgestein mit der Folge von langfristig wirkenden Veränderungen in der Zusammensetzung des Untergrunds, forderte Tilo Kummer die Thüringer Landesregierung auf, zu prüfen, „ob der Freistaat nicht doch gegen die Versenkerlaubnis klagen kann“. Weitere Risiken für die Bevölkerung dürften nicht in Kauf genommen werden. In einer ersten Reaktion warnte allerdings das Thüringer Umweltministerium vor voreiligen Schlussfolgerungen. Auch wenn die Tiefenbohrungen abgeschlossen seien, lägen die endgültigen Ergebnisse der Wasseruntersuchung noch nicht vor, hieß es. Mit Ergebnissen sei erst in den kommenden Monaten zu rechnen.

Trotz massiven Widerstands von Bürgerinitiativen, von Grünen und LINKEN aus Hessen und Thüringen - selbst das Thüringer Verwaltungsamt hatte Bedenken angemeldet - hatte vor wenigen Wochen das Regierungspräsidium Kassel dem Unternehmen K+S erneut eine Versenkerlaubnis für die bei der Kaliproduktion entstehenden Laugen erteilt – für 18 Millionen Kubikmeter Kalilauge in den nächsten fünf Jahren. Auf thüringischer Seite darf der Konzern kein Laugenabwasser mehr in die unterirdischen Gesteinsschichten versenken.

Gefährdungen, die Hunderte von Jahren bestehen

Das Auftreten der Lauge, deren Zusammensetzung der des Kali-Abwassers aus Hessen ähnele, im Kalk- und Gipsgestein bedeute zwar momentan keine aktuelle Gefahr für die Region. Längerfristig sei aber die Standfestigkeit von Grubengebäuden gefährdet und es müsse mit weiteren Erdfällen gerechnet werden, führten die beiden Abgeordneten der Linksfraktion aus.

Auf Nachfrage der Journalisten betonte Tilo Kummer, er sei sicher, dass in diesem Zusammenhang noch viel zu untersuchen sei, „aber es kann nicht sein, dass zwischenzeitlich weiter Kali-Lauge versenkt wird“ - auch oder gerade weil die Auswirkungen nicht unmittelbar sichtbar sind, „sondern oft erst nach Jahren spürbar werden“.

„Wir sprechen von Gefährdungen, die noch für Hunderte von Jahren bestehen“, unterstrich Katja Wolf. ■

Klassik Stiftung Weimar

Nachdem in einer öffentlichen Anhörung im Landtag zur Klassik Stiftung Weimar erstmals nach der Kritik des Rechnungshofes und dem Evaluationsbericht des Wissenschaftsrates eine Debatte zur Arbeit der Stiftung geführt wurde, mahnte Dr. Birgit Klaubert, Kulturpolitikerin der Linksfraktion, „nun nicht weitere Jahre ins Land gehen zu lassen, ehe den Empfehlungen des Wissenschaftsrates nachgekommen wird“.

Sie habe den Eindruck, dass zwei Sitzungen des Stiftungsrates im Jahr nicht ausreichen, um Weichenstellungen vorzunehmen, die zu einem schlüssigen Gesamtkonzept führen: „Es geht schließlich nicht nur um bauliche Maßnahmen und das Bewahren der Tradition, sondern um die Öffnung in die Gegenwart und die Vernetzung der Stiftung im regionalen und überregionalen Raum. Beispielgebend könnte die bessere Einbindung des Nietzsche-Kollegs sein. Natürlich ist es wünschenswert, dass sich der Bund finanziell noch mehr engagiert. Hausaufgaben müssen aber auch in Thüringen erledigt werden und es bleibt abzuwarten, ob es in der Stiftung die Bereitschaft gibt, auch vom Kulturausschuss des Landtages Empfehlungen entgegenzunehmen.“ Die Stiftung müsste sich nach dem Gesetz nicht daran halten, doch Thüringen sei bedeutender Zuwendungsgeber und über die Haushaltsmittel entscheide der Landtag. ■

Ladenöffnungsgesetz

„Mit dem neuen Ladenöffnungsgesetz hat die Koalition erneut die Chance verpasst, eine den Thüringer Realitäten angemessene und auf Arbeitnehmerschutz gerichtete Lösung zu finden“, sagte MdL Ina Leukefeld. Der Gesetzentwurf der LINKEN mit einer Begrenzung der Ladenöffnungszeit auf 20 Uhr fand keine Mehrheit, obwohl sich SPD und GRÜNE gegenüber den Personalräten für eine solche Lösung ausgesprochen hatten. Die Abgeordnete hatte im Landtag am Beispiel der Niedriglöhne im Handel und der mangelnden Kaufkraft in Thüringen die Landesregierung nachdrücklich zu einer Bundesratsinitiative für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aufgefordert. ■

Landesspendenkonto

Den auf Initiative der FDP zustande gekommenen Beschluss des Landtags zur Einrichtung eines Landesspendenkontos bezeichnete MdL Mike Huster als „Ausdruck politischer Hilflosigkeit“. Der LINKE-Abgeordnete ist sich sicher, dass dieses Landesspendenkonto nichts weiter ist als ein erneuter Versuch, den Weg zur gerechterer Steuerpolitik zu blockieren. „Die öffentlichen Kassen brauchen keine staatliche Bettelei, sondern eine faire Besteuerung von großen Vermögen und Einkommen.“ Die Landesregierung müsse sich endlich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Erbschaftssteuern und die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer einsetzen. ■

Mentoring

Zwischen dem 13. Februar und dem 16. März bietet die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein Mentoring an. Hier gibt es Gelegenheit, linke Politik aus der Nähe kennen zu lernen und eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten der Linksfraktion in dieser Zeit bei der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit zu begleiten. Interessenten sollten sich bitte bis spätestens 31. Januar bewerben. Adresse: Thüringer Landtag, Fraktion DIE LINKE, Olaf Weichler, Jürgen-Fuchs-Strasse 1, 99096 ERFURT.

Die Teilnahme am Mentoring wird rechtlich als Praktikum behandelt und ist mit einer Aufwandsentschädigung von 250 Euro verbunden. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:
Die ersten Sitzungen des Thüringer Landtags im neuen Jahr finden statt am 25. Januar, 14 Uhr, 26. Januar, 9 Uhr, und 27. Januar, ebenfalls ab 9 Uhr.

Neujahrsempfang 2012:
Die Linksfraktion des Landtags gehört zu den Einladern des Neujahrsempfangs der Thüringer LINKEN am Dienstag, den 31. Januar, Beginn 18 Uhr, im Rathaus der Stadt Erfurt, Rathausfestsaal, Fischmarkt 1.

Internet:
Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen unter:

www.die-linke-thl.de

Kurz und Prägnant

In die Landesforstanstalt gewählt

Zu den zwei Vertretern, die der Landtag in demn Verwaltungsrat der neu gegründete Landesforstanstalt gewählt hat, gehört Tilo Kummer. Der Dipl.-Fischereiingenieur, der seit zehn Jahren in der Linksfraktion für Forstpolitik zuständig ist und selbst Wald bewirtschaftet, freute sich über die einstimmige Wahl und erwartet, dass sich der Verwaltungsrat schnell konstituiert. Ohne dessen Zustimmung könne nicht einmal über die Ausschreibung zum Anstaltsvorstand entschieden werden und sei der „ThüringenForst“ führungslos. Er müsse vor allem die Überführung des bisherigen Landesforstbetriebs in eine Unternehmensstruktur vornehmen, ohne jedoch Belange des Umweltschutzes und Gemeinwohls zu vernachlässigen. „Um die gewaltigen Einsparziele der Forstreform ohne Personalabbau zu verwirklichen, braucht es mutige neue Schritte“, so der Abgeordnete. Fragen, wie die Nutzung von Windkraftanlagen im Wald, dürften kein Tabuthema mehr sein. ■

Gegen Diskriminierungen vorgehen

Aus der Thüringer Verfassung erwächst eine besondere Verpflichtung des Landes, gegen Diskriminierungen wegen sexueller Orientierung vorzugehen, betonte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, bei einem Pressegespräch Ende vergangenen Jahres in Erfurt.

DIE LINKE hatte im Juli 2009 ein Normenkontrollverfahren beim Landesverfassungsgericht begonnen, bei dem es vor allem um die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Thüringer Beamtenrecht geht. Dieses Verfahren, so kündigte die Angeordnete an, steht nunmehr kurz vor dem Abschluss bzw. seiner Erledigung, da der Thüringer Landtag zwischenzeitlich und endlich die notwendigen Gesetzesänderungen vorgenommen hat.

Dessen ungeachtet „gibt es immer noch eine Vielzahl von Diskriminierungstatbeständen“, sagte Karola Stange und erläuterte die in diesem Jahr anstehenden Initiativen. So soll sich der Gleichstellungsausschuss für die Erarbeitung eines Lebenslagenberichts zur Situation von Lesben und Schwulen in Thüringen einsetzen und ein Runder Tisch Gleichstellung einen entsprechenden Landesaktionsplan erarbeiten. ■

Bei Justiz-Kooperation knirscht es

Sicherungsverwahrung und Neubau einer Justizvollzugsanstalt sind aktuelle „Baustellen“ in der Thüringer Justizpolitik

Im Bereich Justiz arbeiten Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt in einigen organisatorischen Fragen auf Grundlage von Verwaltungsvereinbarungen zusammen. Vor allem immer dann, wenn sich Bau und Betrieb einer Einrichtung für eines der Länder alleine nicht „lohnt“, z.B. weil die Auslastung im Vergleich zu den Errichtungs- und Betriebskosten viel zu gering wäre. So werden die Mahnbescheide für „Thüringer Fälle“ am zentralen Mahngericht in Staßfurt in Sachsen-Anhalt erlassen. Frauen aus Thüringen treten ihre Haftstrafe in Sachsen (Justizvollzugsanstalt Chemnitz) an.

Vor einigen Wochen war die Strafvollzugskommission des Landtags zu einem Informationsbesuch vor Ort. Es gibt auch in der Aus- und Weiterbildung von Justiz-Personal solche Länderzusammenarbeit, zum Teil mit noch weiteren Bundesländern. Doch zurzeit scheint es im Getriebe der Länderzusammenarbeit zu knirschen. Der geplante Neubau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt Thüringen/Sachsen (980 Haftplätze) ist offensichtlich schon geklärt, noch nicht entschieden ist allerdings der Standort: Ostthüringen oder Westsachsen?

Mit Blick auf die nun durch die Justizministerien erfolgte Festlegung von vier Bewerberstandorten für die engere Auswahl des Neubaus einer gemeinsamen JVA, davon zwei in Thüringen, und der auch öffentlich geäußerten Kritik an dieser Auswahlentscheidung, fordert Ralf Hauboldt, justizpolitischer Sprecher der Linksfraktion, von der Landesregierung, „dass das Auswahlverfahren absolut transparent, fachlich fundiert und nachvollziehbar sein muss – der bisherige Verlauf und die Reaktionen darauf legen nahe, dass dem bisher zum Schaden des Projekts und seiner Akzeptanz leider nicht so ist“. Als ersten Schritt einer „kritischen Begleitung des Vorgangs“ hat er eine umfangreiche Anfrage an die Landesregierung gestellt. Sie soll die Entscheidungskriterien, die zur Festlegung der engeren Auswahl haben, und den Ablauf des Auswahlverfahrens offenlegen und begründen.

Landtag muss frühzeitig einbezogen werden

Alle Standort-Bewerber haben Anspruch auf Chancengleichheit. Offensichtlich ist aber über bestimmte interne Regierungskreise hinaus gar nicht bekannt, was sich hinter dem vom Minister benannten 14-Punktekataolg verbirgt. Damit können Bewerberstandorte und betroffene Gremien, wie der Landtag und seine Ausschüsse, diese Entscheidung nicht bewerten. Solche Intransparenz bei einem solchen auch finanziell bedeutenden Großprojekt dürfe es nicht geben. Auch die Inhalte eines Berichts, der nach Angaben des Thüringer Justizministers ebenfalls als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden soll, müsse zugänglich gemacht werden, fordert Ralf Hauboldt.

Für die neue JVA, die als gemeinsame Einrichtung beider Länder betrieben werden soll, werden sich wohl noch andere Fragen stellen, z.B. wie der Gefahr zu begegnen ist, dass Bedienstete für die gleiche Arbeit unterschiedlich besoldet werden, da die Besoldung nun nach der Föderalismusreform Ländersache geworden ist. DIE LINKE hat diese Zersplitterung des Besoldungsrechts immer abgelehnt.

Was die Neuordnung der Sicherungsverwahrung betrifft, bleibt durch die Ankündigung des Justizministeriums in Magdeburg, die entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit Thüringen und Sachsen aufzukündigen, eine Übergangsfrist von einem Jahr, die sinnvoll genutzt werden muss. Angesichts der Reformdiskussion zur Sicherungsverwahrung und aktueller Gerichtsurteile ist die Weiternutzung der JVA Burg bei Magdeburg sehr fraglich. „Daher sollten neben einer Erweiterungslösung auch andere Alternativen geprüft werden“, betont Ralf Hauboldt, der von der Landesregierung nähere Auskunft zur Länderzusammenarbeit und zur Reformdiskussion bei der Sicherungsverwahrung verlangt. Auf jeden Fall müsse der Landtag „frühzeitig einbezogen werden, nicht nur weil finanzielle Verpflichtungen auf Thüringen zukommen“.

Aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten zur Sicherungsverwahrung in Burg vom Januar 2011 ist schon klar herauszulesen, dass hinsichtlich der Tauglichkeit der Einrichtung erheblicher Überprüfungsbedarf besteht. Vor allem die vom Bundesverfassungsgericht geforderte strikte räumliche und sachliche Trennung von Sicherungsverwahrung und Strafvollzug dürfte der zentrale Problempunkt werden. Die Landesregierung soll daher auch Auskunft zu den Ergebnissen einer Arbeitsgruppe geben, die die weitere Geeignetheit des Standortes Burg für die Sicherungsverwahrung untersuchen sollte.

Sandra Steck ■

Gegen Volksbegehren zu klagen, ist keine Lösung

„Das Vorgehen der Landesregierung gegen die Zulassung des Volksbegehrens wird die Probleme bei der Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen in Thüringen nicht aus der Welt schaffen“, so Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der Linksfraktion, angesichts der von der Landesregierung beim Thüringer Verfassungsgerichtshof erhobenen Klage gegen die Zulassung des Volksbegehrens „Für sozial gerechte Kommunalabgaben“.

Bis Mitte März 2012 haben die Initiatoren Zeit, sich zur Klage zu äußern. Bis zu einer erst in einigen Monaten zu erwartenden Entscheidung des Verfassungsgerichts ruht das Volksbegehren. Die Landesregierung stehe dennoch „in der Pflicht, die Kommunalabgabenprobleme nun endlich zu lösen - seit 20 Jahren warten die Bürger vergebens darauf“, kritisiert Frank Kuschel. Das neue Kommunalabgabengesetz biete „keine Lösungen, sondern schafft nur neue Konfliktfelder“. So haben bisher nicht einmal zehn Gemeinden die nun im Gesetz verankerte Möglichkeit des Verzichts oder der Reduzierung der Straßenausbaubeiträge genutzt.

Die Landesregierung greife weder die Vorschläge der Bürgerinitiativen auf, noch suche sie den Dialog, obwohl sich die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Volksbegehren durchaus ausräumen ließen, sagt der Abgeordnete. Würde man aber den Argumenten der Landesregierung folgen, könnten überhaupt keine Volksbegehren mehr stattfinden, weil jede Maßnahme in irgendeiner Art finanzielle Auswirkungen habe. Es sei eine trügerische Hoffnung der Landesregierung, durch die Klage die Probleme aussitzen zu können. Die LINKE bekräftigt den vom Volksbegehren unterbreiteten Vorschlag, der die unterschiedlichen Interessen des Landes, der Gemeinden, der Zweckverbände und der Bürger berücksichtigt. „Es wird jetzt ein Treffen zwischen den Bürgerinitiativen und der LINKEN geben, bei dem wir gemeinsam beraten, wie es nun im Klageverfahren zum Volksbegehren weiter geht und in welchem Umfang die Fraktion die Initiatoren unterstützen kann“, informiert Frank Kuschel abschließend.

Foto: Archiv Parlamentsreport ■

Das Thema

Landesetat 2012 als Herausforderung zur Suche nach Alternativen

Aus der Rede der Haushaltspolitikerin der Linksfraktion, Birgit Keller, in der abschließenden Haushalts-Debatte

In der Grundsatzrede der Linksfraktion zur abschließenden Beratung des Landeshaushaltes für 2012 am 15. Dezember im Thüringer Landtag hatte die haushaltspolitische Sprecherin Birgit Keller betont (Auszüge aus ihrer Rede):

Tatsächlich ist Finanzminister Dr. Voß hier in Thüringen angetreten mit dem Auftrag, den Landeshaushalt zu konsolidieren, um Thüringen für die Zukunft finanzpolitisch auf tragfähige Säulen zu stellen. So stand der Finanzminister für 2012 vor der Aufgabe, 500 Millionen Euro einzusparen. Da diese Regierung aus CDU und SPD gerade bei dem wichtigen Politikfeld Verwaltungsreform nicht konsensfähig war und ist, langte Dr. Voß dann bei den Kommunen mit rund 200 Mio. Euro kräftig zu. Dies ist und bleibt sowohl vom Verfahren als auch vom Inhalt für unsere Fraktion kritikwürdig.

Die vielen Diskussionen der letzten Monate, gegenseitige Vorwürfe innerhalb der Landesregierung, öffentliches Austragen von Koalitionsstreitigkeiten, Demonstrationen und und …. sprechen ihre eigene Sprache zum Zustand der Landesregierung und der sie tragenden Parteien.

Wir bleiben dabei, eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung ist eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen, als eine der tragenden Säulen des Landes Thüringen.

Dabei müssen auch angemessene Finanzmittel für sogenannte freiwillige Aufgaben sowie für die Unterhaltung und den Erhalt der kommunalen-sozialen Infrastruktur bereitstehen.

Kommunen müssen in der Lage sein, Investitionen zur Behebung noch vorhandener Infrastrukturlücken zu tätigen und die Finanzausstattung muss sich am kommunalen Aufgabenkatalog der Kommunen bemessen.

All das sehen wir mit diesem Haushalt für die Thüringer Gemeinden und Landkreise gefährdet. Dabei wissen wir uns mit den kommunalen Spitzenverbänden in Übereinstimmung. Die Resolutionen und die öffentlichen Proteste der letzten Wochen haben das für jeden sichtbar veranschaulicht.

Nur das Aufbegehren der Kommunen hat wohl jetzt dazu geführt, dass Sie als regierungstragende Koalition von vorher gestrichenen 200 Mio Euro 60 Mio zurück geben.

Das lange Warten von SPD und CDU auf die Novembersteuerschätzung hat also zu wenig gebracht und darüber hinaus einen im Verfahren unredlichen Umgang mit dem Landtag und den anzuhörenden Spitzenverbänden. Die Fraktion DIE LINKE hat den Entwurf des Landeshaushalts als Herausforderung zur Suche nach Alternativen angenommen. Dabei sind wir von zwei Prämissen ausgegangen:

1. Wir halten uns an das Ziel einer Netto-Neuverschuldung Null.

2. Wir halten uns an die von der Landesregierung vorgelegte Steuerschätzung vom November. Mit anderen Worten: Zur Deckung unserer Anträge gehen wir nicht über die Annahmen der Landesregierung hinaus. Wir wissen um die wirtschaftlichen Risiken in Europa.

Ausgehend von diesen Grundannahmen besteht unser politisches Angebot in folgenden Säulen:

1. Die Finanzausstattung der Thüringer Kommunen muss weiter verbessert werden. Die von der Koalition im Haushalts- und Finanzausschuss durchgesetzten 60 Mio. Euro mehr für die Kommunen betrachten wir als zu gering. Deshalb legen wir Ihnen einen Änderungsantrag unserer Fraktion vor, der den Kommunen weitere 40 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellen will. Damit wäre nach unserem Konzept die kommunale Finanzausstattung in 2012 um 100 Mio. Euro verbessert.

In diese Betrachtung gehört ein weiterer Antrag hinein, mit dem wir das Thema Transparenz bei der Kita-Finanzierung berühren: Wir wollen die Herausnahme der Mittel aus dem KFA in den Einzelplan 04.

2. 20 Mio. Euro zusätzlich wollen wir in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Arbeit und Wirtschaft investieren und erreichen dies durch Umschichtungen im Etatentwurf.

3. 15 Mio. Euro sollen zur Tilgung alter Schulden eingesetzt werden.

Die LINKE hatte 20 Änderungsanträge und sieben Entschließungsanträge vorgelegt. Dabei stehen die Änderungsvorschläge stellvertretend für Potentiale und Defizite gleichermaßen. ■

Für eine sichere Zukunft der Grundschulhorte in Thüringen

Als „ermutigendes Zeichen“ hatte Michaele Sojka die Nachricht über das Scheitern der von der Landesregierung vorbereiteten Kommunalisierung der Grundschulhorte bezeichnet. Allerdings sei der Plan immer noch nicht vom Tisch, sondern lediglich aufgrund von Finanzierungsfragen aufgeschoben. Die Bildungsexpertin der LINKEN verwies darauf, dass bisher mehr als 22.800 Eltern, Erzieher und Lehrer die Erklärung zur Sicherung der Zukunft der Thüringer Grundschulhorte unterzeichnet haben. Daher sei die jetzige Entscheidung für das Bündnis zum Erhalt der Thüringer Grundschulhorte „eine Bestärkung, sich auch in den kommenden Jahren mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, eine Trennung von Schule und Hort nicht zuzulassen“. Mit einer Kommunalisierung gefährde man die pädagogische und organisatorische Einheit von Grundschule und Hort. Dies erschwere auch den Weg zu einer Ganztagsschule.

Zudem sei das Problem der Niedriglöhne für Grundschulhortnerinnen noch immer nicht gelöst. Diese würden

oftmals mit Halbzeitstellen und Armutslöhnen unter Hartz IV-Niveau abgespeist.

Unmittelbar nach der Haushalts-Diskussion zum Einzelplan 04 des Bildungsministers am 15. Dezember waren auch Abgeordnete der LINKEN – im Foto (v.l.) Birgit Keller, Michaele Sojka und Dr. Birgit Klaubert – dabei, als Vertreter des Bündnisses zum Erhalt der Thüringer Grundschulhorte die Unterschriften an Minister Christoph Matschie übergaben und Bilder des Malwettbewerb „Ich bleibe nach der Schule gern im Hort“ präsentierten. *Foto: A. Rudolph*

„Wir sind überzeugt, dass die Einnahmeseite viel stärker beachtet werden muss“

Einen besonderen Schwerpunkt hatte die Haushaltspolitikerin der Linksfraktion, Birgit Keller, in der Landtagsdebatte zum Etatentwurf der Landesregierung für 2012 auf die Steuerpolitik und die Frage der Einnahmenpolitik gelegt. Sie erklärte in ihrer Grundsatzrede dazu:

„Die Landesregierung stellt sehr stark darauf ab, dass wir nur über die Kürzung von Ausgaben konsolidieren können. Wir bezweifeln das theoretisch und praktisch.

Wenn es stimmt, was die Menschen an Unsicherheit empfinden und was Frau Merkel für das nächste Jahrzehnt prophezeit, dann wissen alle hier im Raum, dass eine zur Konsolidierung notwendige Stabilität der Steuereinnahmen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten ist. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass die Einnahmeseite viel stärker beachtet werden muss.

Deshalb unser Entschließungsantrag für gerechte Steuerpolitik.

Kürzlich war in der Hannoverschen Allgemeinen zu lesen:

„Deutschlands Milliardären geht es deutlich besser als noch vor einem Jahr. Trotz überschuldeter Staatshaushalte quer durch Europa und milliardenschweren Bankenrettungsschirmen konnten die 100 reichsten deutschen Einzelpersonen und Familien ihr Vermögen in den vergangenen zwölf Monaten um 6,7 Prozent vermehren.“

Deshalb legen wir Ihnen heute noch einmal einen Entschließungsantrag vor, indem wir die Landesregierung auffordern, die Einnahmen Thüringens durch eine an Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit orientierte Steuerpolitik zu sichern.

Das ist eine politische Alternative unter den gegenwärtigen makropolitischen und auch landespolitischen Gegebenheiten, und eben nicht die Einrichtung von neuen Konten, auf die mal jeder, der „Überschüssiges“ hat, einzahlt.“

Und zum Schluss ihrer Grundsatzrede betonte Birgit Keller: „Politik ist auch mehr als Haushaltsanierung durch Ausgabenkürzung. Konsolidierung bedingt eine gute Mischung aus der Überprüfung bisheriger Standards auf der Ausgabe- und auf der Einnahmeseite. Mit Blick auf die Chancen und die Notwendigkeiten konnten Sie, sehr verehrte Koalitionäre, beiden Ansprüchen nicht genügen.“

Alle Reden der LINKE-Abgeordneten zum Landeshaushalt und den Einzelplänen unter:
www.die-linke-thl.de ■

Viel Geld für wenig Zukunft

MdL Frank Kuschel: Konzeptionslosigkeit der Landesregierung führt bei Gemeindefusionen zu weiteren Fehlentwicklungen

Ende vergangenen Jahres gab der Thüringer Innenminister wieder den Wohltäter und zahlte in Millionenhöhe Prämien für Gemeindefusionen aus. „Das wird zwar einige Bürgermeister gefreut haben, eine klare Zukunftsinvestition sind diese Gelder aber nicht“, so der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion Frank Kuschel.

Er kritisierte, dass vor allem im Umland städtischer Zentren Gemeindestrukturen entstehen, die aus landesplanerischer und raumordnerischer Sicht neue Konfliktpotenziale erzeugen. „Das könnte für das Land sehr teuer werden, weil dann die Städte wegen eingeschränkter Entwicklungsmöglichkeiten bei wachsender Aufgabenerledigung für das Umland dauerhaft höhere Zuwendungen aus dem Landeshaushalt brauchen“, befürchtet der Abgeordnete. Den Gemeinden sei kein Vorwurf zu machen. „Sie haben nur die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung genutzt und dabei regionale Aspekte ausgeblendet.“ Die LINKE hält freiwillige Gemeindezusammenschlüsse für durchaus sinnvoll, jedoch nicht zu Lasten anderer Kommunen. Die Landesregierung hat völlig versagt, besonders die SPD hat sich vom Reformprojekt Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform komplett verabschiedet. Daran änderten auch die jetzt beschlossenen neuen Rahmenbedingungen nichts, noch dazu, wo nicht einmal klar ist, ob diese bereits für die für 2012 beantragten 15 Gemeindeneugliederungsmaßnahmen gelten sollen.

LINKE arbeitet an Leitbild

Einige liegen wieder im Umfeld von Städten, so der Beitritt der Wachsenburggemeinde zur Gemeinde Ichtershausen, mit dem die Entwicklung von Arnstadt in starkem Maße beeinträchtigt wird. „CDU und SPD müssen endlich Verantwortung für das ganze Land wahrnehmen “, forderte der Linkspolitiker und warnte vor weiteren Fehlentwicklungen, deren Auswirkungen auf die Regionen und das Land überhaupt nicht abschätzbar sind.

Im Übrigen „brauchen die Bürgermeister und Gemeinderäte in Fragen der Gebietsreform keine Belehrungen des Innenministers, sondern tatkräftige Unterstützung in Form eines Leitbildes“, sagte Frank Kuschel mit Verweis auf Äußerungen des Innenministers, dass künftig mit Überredungsarbeit die Gemeinden bewogen werden sollen, sich freiwillig zusammenzuschließen.

Insbesondere bei Kommunen mit hoher Verschuldung wolle die Landesregierung aktiv werden, wobei aber der Status der kreisfreien Städte unangetastet bleiben solle. Vor allem in den Fällen Suhl und Eisenach werde die Landesregierung nicht aktiv werden. „Es ist geradezu absurd, dass das Land erst die Ursachen für die seit Jahren andauernde Finanznot der Kommunen herbeigeführt hat und jetzt noch immer nicht bereit ist, eine Lösung anzustreben“, kritisierte der Parlamentarier.

Die Linksfraktion arbeitet derzeit an einem Leitbild für eine Gebietsreform, mit dem die Kommunen eine Orientierung für freiwillige Neugliederungen erhalten sollen. Es werde den Charakter eines Rahmengesetzes erhalten und zu einer der nächsten Sitzungen in den Landtag eingebracht. ■

Ressort zu Gast auf dem Kunst- und Kräuterhof in Posterstein

Zu einer auswärtigen Sitzung im Auenhof (Altenburger Land), dem Kunst- und Kräuterhof im thüringischen Posterstein, traf sich im Dezember das Ressort für Kultur, Bildung und Jugend der Linksfraktion des Thüringer Landtages. Die Vizepräsidentin des Landtages und kulturpolitische Sprecherin, Dr. Birgit Klaubert, die bildungspolitische Sprecherin und Landratskandidatin der LINKEN für 2012, Michaele Sojka, sowie mehrere Mitarbeiter der Fraktion hatten ihre Arbeitsberatung unter das Motto „Kultur- und Bildungsangebote im ländlichen Raum“ gestellt.

Der Kunst- und Kräuterhof hält ein vielfältiges Kultur- und Bildungsangebot für jede Altersklasse bereit. So gibt es neben künstlerisch-kreativen Seminaren, wie zum Beispiel Malerei, Töpfern, Floristik und Schmuckgestaltung, auch Angebote für die Gesundheit und das Wohlbefinden.

Mit einem Rundgang und der Besichtigung des Kräutergartens und des hofeigenen Lehmbackofens wurde die Ressortsitzung offiziell begonnen. Im Hofladen fanden die Parlamentarier anschließend nicht nur Kunst und Kreatives von Auenhofbetreiberin Bettina Martin selbst, sondern auch von vielen anderen Künstlern der Region.

Die Kulturpolitikerin Birgit Klaubert interessierte sich besonders für die Zusammenarbeit mit anderen Künstlern, Vereinen und Institutionen. Sie erfuhr von traditionell durchgeführten Hoffesten und Konzerten, die immer mehr Bürger durch die gute Anbindung an das Thüringer Radwegenetz besuchen, und zeigte sich über die synergiereiche Vernetzung im Altenburger Land sehr erfreut. Im weiteren Gespräch erfuhren die Ressortmitarbeiter ebenfalls, dass die Kursangebote des Auenhofs auch individuell zusammengestellt werden können. Die bildungspolitische Sprecherin, Michaele Sojka, erkundigte sich daraufhin explizit nach den Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Frau Martin beschrieb die breite Angebotspalette ihres Unternehmens, welche auch spezielle Workshops für Schulklassen, Kindergärten und andere Gruppen beinhaltet.

Natürlich standen für die Arbeitsgruppe der Linksfraktion nicht nur Besichtigung, Gespräche und Vorträge auf dem Tagesplan – es sollte auch etwas unter fachmännischer Anleitung selbst erarbeitet werden, was allen Anwesenden sehr viel Freude bereitete.

Die Ergebnispräsentation und die Absprachen für den Arbeitsplan 2012 bildeten den Abschluss dieser außergewöhnlichen und kreativen Veranstaltung. Die Mitwirkenden bedanken sich herzlich für die wunderbare Betreuung und tolle Bewirtung bei Frau Martin und Herrn Simon. Alle Beteiligten waren sich einig, den Besuch auf dem Auenhof in Posterstein zu wiederholen.

Posterstein liegt zwischen Altenburg und Gera. Der Kunst- und Kräuterhof befindet sich am Fuße der über 800 Jahre alten Bergspornburg Posterstein. Von der Plattform des 25 Meter hohen Bergfriedes bietet sich bei jedem Wetter ein fantastischer Ausblick.

Gabi Porzig
Katja Mitteldorf

■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Wulff, Bild, Gauck

Einen „Teufelskreis der medialen Selbstthematisierung“ kritisiert der Journalistik-Professor Stephan Weichert angesichts täglich neuer Meldungen über tatsächliche oder angebliche Verfehlungen von Bundespräsident Christian Wulff. Und tatsächlich, selten wurde die brutale Kampagnenartigkeit der Berichterstattung so deutlich – nur dass es diesmal einen erwischt, der lange Zeit selbst vom Trend der Medien zum Boulevard und von der persönlichen Nähe zum Zentralorgan des schlechten Geschmacks profitiert hat.

Keine Frage, CDU-Wulffs Nähe zu vermögenden Gönnern und sein Umgang mit der Wahrheit sind kritikwürdig. Dennoch hat die Selbststilisierung der sogenannten Bild-„Zeitung“ zur bedrohten Unschuld etwas Obszönes. Kein anderes deutsches Nachkriegsblatt hat jahrzehntelang die Menschenwürde derart mit Füßen getreten. Bild-Chefredakteur Kai Diekmann attestierte ein Gericht, er suche „bewusst seinen wirtschaftlichen Vorteil aus der Persönlichkeitsrechtsverletzung anderer“. Der TV-Journalist Friedrich Küppersbusch formuliert in der taz treffend: „Diekmanns Umgang mit Wulffs verzweifeltem Peinlichkeitsauftritt gleicht dem eines Vierschröters, der die Liebesbriefe seiner Ex seinen Onanierbrüdern in der Sauna vorliest.“

Zudem möge man sich an die Bundespräsidentenwahl 2010 erinnern. Im dritten Wahlgang wäre die Alternative zu Wulff der von SPD und Grünen nominierte Joachim Gauck gewesen, ein Mann von gestern, der vor Selbstgefälligkeit fast platzt. Wer kann einen Bundespräsidenten Gauck, der den „Mut“ von Thilo Sarrazin für dessen rassistisches Buch und den von Gerhard Schröder für Hartz IV lobt, der den deutschen Krieg in Afghanistan für „gerechtfertigt“ hält und die Notwendigkeit der Rente mit 67 hervorhebt, wollen? ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.
Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.
Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.